

## Liebe Leserin, lieber Leser,

in Berlin taut es endlich: Die mittlerweile grauen Schneereste verschwinden nach und nach auf den Straßen und die Stadt wartet auf den Frühling. Auch politisch taut die Stimmung auf, die Umfragewerte steigen - obwohl die Opposition nichts unversucht lässt, uns Liberalen das Wort im Mund umzudrehen.

## HARTZ IV – Debatte auf inhaltlicher Grundlage führen



Die Debatte um Hartz IV war am Mittwoch und am Donnerstag beherrschendes Thema im Plenum: Am Mittwoch befasste sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema und am Donnerstag standen die Anträge der Opposition hier zu auf der Tagesordnung. In der Debatte betonte Guido Westerwelle erneut, dass sich Leistung lohnen müsse. „Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das werde ich heute sagen und morgen auch noch“, so der Außenminister in der hitzigen Debatte.

Wir dürfen uns nicht von der Opposition das Wort im Mund umdrehen lassen, sondern müssen jetzt diese Debatte nutzen, um Ungerechtigkeiten in der Hartz IV-Regelungen ein für alle Mal zu beseitigen.

So bietet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neugestaltung der Hartz IV-Debatte die Chance, neue und zielgerichtete Reformen an Hartz 4 vorzunehmen. Die FDP hat seit jeher betont, dass Kinder als eigenständige Personen zu betrachten sind und in ihrem Bedarfsanspruch nicht mit Erwachsenen verglichen werden dürfen. Wir müssen nun mit Augenmaß und Weitsicht die Fehler und Versäumnisse der Vorgängerregierungen ausgleichen und dürfen uns nicht in die Ecke der sozialen Kälte stellen lassen. Wir wollen, das Schonvermögen für Hartz IV Empfänger verdreifachen und die Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose ausbauen. – Soziale Ungerechtigkeit sieht anders aus.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[http://www.liberales.de/wcsite.php?wc\\_c=4603](http://www.liberales.de/wcsite.php?wc_c=4603)

## Verlässlichkeit statt Vielstimmigkeit – der Koalitionsvertrag gilt für alle

Der zwischen den Unionsparteien und den Liberalen ausgehandelte Koalitionsvertrag gilt und bildet die Grundlage unserer Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre. Kritik an einzelnen Punkten des Vertrages oder gar das Infragestellen einzelner Bestandteile führt nur zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.

Ich verstehe nicht, dass sich nun auch unser saarländischer Ministerpräsident Peter Müller in den Chor der Kritiker einreicht und die Gesundheitsprämie schon infrage stellt, bevor die Regierungskommission im Gesundheitsbereich ihre ersten Gespräche über die Prämie geführt hat. Zudem kann es nicht sein, dass Peter Müller die Verlängerung von AKW-Laufzeiten ablehnt und die

Gründe für einen Weiterbetrieb sicherer Reaktoren beiseite wischt.



Wer den Koalitionsvereinbarung pauschal kritisiert und einzelne Punkte infrage stellt, ohne jedoch konkret Alternativen zu benennen oder eine gehaltvolle, inhaltliche Debatte anstoßen zu wollen, handelt unverantwortlich und schadet dem Ansehen der Koalition. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.oliver-luksic.de/Peter-Mueller-soll-sich-an-Koalitionsvertrag-im-Bund-halten/27473c1i1p3197/index.html>

## Höhere Truppenstärke für Afghanistan



Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch das erhöhte Bundeswehrkontingent der in Afghanistan tätigen internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe befürwortet.

Wir wollen, dass die in dem geschundenem Land eingesetzten Streitkräfte auf maximal 5.350 Männer und Frauen anwachsen dürfen. Von diesen Soldatinnen und Soldaten sind 350 als „flexible Reserve“ vorgesehen, die auf besondere Situationen (z. B. Parlamentswahlen) „angemessen“ reagieren zu können. Der von der Regierung eingebrachte Antrag (17/654) wurde am Freitag im Plenum gegen die Stimmen der LINKEN, teilweise auch die der GRÜNEN und unter Enthaltung großer Teile der SPD und der GRÜNEN verabschiedet.

Den Antrag finden Sie hier:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700654.pdf>

## Expertengespräch zu der Finanzkrise in Griechenland im EU-Ausschuss



In den letzten Wochen verging kein Tag ohne dass neue Hiobsbotschaften in Bezug auf die Finanzkrise in

Griechenland über den Ticker kamen. Insbesondere die Frage, ob die EU und damit auch Deutschland mit Finanzhilfen Griechenland unter die Arme greifen soll, wurde heiß diskutiert. **Als für Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion zuständiger Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion im EU-Ausschuss** bin ich der Ansicht, dass es keine direkten Finanzhilfen für Griechenland geben sollte. Es ist überhaupt schon fraglich, ob dies rechtlich zulässig wäre. Einige Rechtsexperten bestreiten dies. Ihrer Ansicht nach stünde eine finanzielle Hilfe durch die EU im eindeutigen Widerspruch zum Grundsatz der nationalen Souveränität in der Finanzpolitik als das rechtliche Fundament der Wirtschafts- und Währungsunion. Es wäre aber auch ökonomisch das völlig falsche Signal für andere EURO-Länder, wenn man einem Land den verordneten Sparkurs erlassen würde. Dies würde die Glaubwürdigkeit und Integrität der Währungsunion und damit die Stabilität des Euro als Ganzes gefährden. Jeder Mitgliedsstaat muss grundsätzlich seine Schulden selbst begleichen.

Griechenland braucht daher Hilfe zur Selbsthilfe um den selbstverordneten Sanierungsplan umsetzen zu können. Dieser Weg ist lang und steinig, es gibt aber dazu keine Alternative. Insbesondere keine zu Lasten des europäischen Steuerzahlers. Denn Griechenland hat mit seinen gefälschten Zahlen auch eine Vertrauenskrise in der Eurozone ausgelöst. Kaum ein anderes Land hat auf der einen Seite über Jahre hinweg so große Vorteile aus der Teilnahme an der Währungsunion gezogen und gleichzeitig so sehr gegen deren Regeln verstoßen.

Entsprechend habe ich zusammen mit einem Kollegen vor dem EU-Sondergipfel am Donnerstag, den 11. Februar, der sich mit dieser Frage zu befassen hatte, eine Pressemitteilung herausgegeben.

<http://www.liberales.de/Pressemitteilungen/2980c159/index.html?id=13335>

Zwar wurden auf dem EU-Sondergipfel dann auch wirklich keine Finanzhilfen für Griechenland zugesagt, das Thema ist damit jedoch noch nicht endgültig vom Tisch. Und so war die Krise in

Griechenland auch Hauptthema im EU-Ausschuss am Mittwoch, den 24. Februar.

Zur öffentlichen Sitzung war Professor Otmar Issing, der frühere Chefvolkswirt der Europäischen

Zentralbank (EZB), geladen, so dass die Besuchertribüne gut gefüllt war. Auch Prof. Issing sprach sich gegen direkte Hilfen der Europäischen Union für Griechenland aus. Wenn man Griechenland helfe, könne man anderen Ländern die Hilfe kaum verweigern, sagte er. Auf meine Frage, warum die Überwachungsmechanismen

nicht gegriffen hätten, räumte Prof. Issing ein, dass die Überwachungsmaßnahmen in der EU, das so

genannte Monitoring, weitgehend versagt habe und dabei eine institutionelle Schwäche zum Vorschein gekommen sei.

Weitere Informationen zur Ausschusssitzung und dem Gespräch mit Prof. Issing finden Sie hier

[http://www.bundestag.de/presse/hib/2010\\_02/2010\\_052/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_02/2010_052/01.html)

---

## EU-Erweiterung



Gespräch mit dem serbischen Botschafter S.E. Herrn Ivo Visković und dem serbischen Gesandten Herr Milan Gojković

In **meiner Funktion als Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für Fragen der EU-Erweiterung** in Bezug auf die Länder des Westbalkans sprach ich am Mittwoch, den 24. Februar mit dem serbischen Botschafter und dem serbischen Gesandten über die Beitrittsperspektive Serbiens zur Europäischen Union. Serbien hat im Dezember 2009 sein Beitritts-gesuch eingereicht und hofft auf einen Beitritt im Jahr 2014. Hierfür muss Serbien sich intensiv mit seiner jüngeren Geschichte, insbesondere seiner Rolle im Balkankrieg, auseinandersetzen. Hierzu gehört insbesondere die Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, die Aussöhnung mit seinen Nachbarstaaten wie etwa Kroatien sowie nicht zuletzt die Klärung des Status des Kosovo. Als weiteren Schritt auf diesem Weg ist zu begrüßen, dass Staatschef Tadic im Parlament eine Resolution verabschieden lassen will, die das Massaker in Srebrenica als Völkermord verurteilt.

Gespräch mit dem Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Herrn Antonio Milošoski



Am Donnerstag, den 25. Februar traf ich den Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien um mit ihm über Möglichkeiten einer Lösung des Namenstreits mit Griechenland zu sprechen, der den Beitrittsprozess Mazedoniens zur Europäischen Union immer noch blockiert.

## Führerschein mit 17 als Regelfall findet meine volle Unterstützung

Im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung war diese Woche Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zu Gast, um über seine Pläne für die Legislaturperiode im Bereich der Verkehrspolitik zu berichten. **Als**



**Verkehrssicherheits**  
**experten der FDP-**

**Bundestagsfraktion** hat es mich besonders gefreut, dass der Minister klar angekündigt hat, dass das begleitete Fahren mit 17 nach der erfolgreichen Erprobungsphase in den Ländern nun bundesweit zum Regelfall werden soll. Die FDP hat dieses Modell schon lange unterstützt,

da es die Unfallzahlen verringert und somit die Verkehrssicherheit erhöht. Mit dem begleiteten Fahren wird ein wichtiger Beitrag zur weiteren Verbesserung der Verkehrserziehung geleistet. Weitere Informationen mit meiner Stellungnahme in der Presse finden Sie hier:

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,680142,00.html>

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:fahrerlaubnis-fuer-junge-autofahrer-fuehrerschein-mit-17-wird-regelfall/50079943.html>

---

## DB-Chef Rüdiger Grube im Verkehrsausschuss/Bahnhofsanierungsprogramm

Als weiteren Gast wurde diese Woche im Verkehrsausschuss der Chef der DB AG, Rüdiger Grube, begrüßt, der insbesondere über die Konsequenzen aus der Spitzelaffäre und die Finanzierung von Großprojekten berichtete. Für das Saarland gibt es neben der TGV/ICE-Anbindung als Dauerbrenner noch das wichtige Thema der Bahnhofsanierung. Viele Bahnhöfe sind derzeit keine Visitenkarten für die jeweilige Stadt. Davon konnte ich mir letzten Freitag bei einer Besichtigung mit den örtlichen Parteifreunden und Vertretern der anderen Parteien am Bexbacher Bahnhof ein eigenes Bild machen.

### Besichtigung des Bahnhof Bexbach 19.02.2010



Lesen Sie den Artikel in der Saarbrücker Zeitung hier: [http://saarland.szb.de/Elias/detail\\_it.jsp?number=1](http://saarland.szb.de/Elias/detail_it.jsp?number=1)

## Gespräche mit Firmen- und Verbandsvertretern aus dem Verkehrsbereich

Diese Woche habe ich in Berlin viele Gespräche mit Vertretern von Firmen und Verbänden aus dem Verkehrsbereich führen dürfen:

- am Dienstag konnte ich mit der für Saarland so wichtigen Firma Ford insbesondere über ihren saarländischen Standort reden
- am Mittwoch informierte ich mich bei der Firma Carfax über das Thema der Fahrzeughistorien, die einen wichtigen Beitrag zu Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz leisten können
- am Donnerstag hatte ich die Möglichkeit, bei einer Abendveranstaltung des

Deutschen Verkehrssicherheitsrates und der Deutschen Verkehrswacht zahlreiche Gespräche über neue Strategien für eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit führen

- ebenfalls am Donnerstag konnte ich mich beim Verband der deutschen Binnenhäfen zur derzeitigen Situation der deutschen Binnenschifffahrt und insbesondere der Häfen informieren; auch für das Saarland aufgrund unser dortigen Häfen ein wichtiges Thema!

---

### Termine:

01.03.2010 – 05.03.2010

Sitzungswoche Deutscher Bundestag Berlin

06.03.2010 10:00 -12:00 Uhr

Piccobello-Aktion Heusweiler-Wahlschied

---

### Impressum

Herausgeber: Oliver Luksic, MdB Redaktion: Heiko Hilken, Wiebke Siegerist Layout: Benjamin Theobald

Fotos: Deutscher Bundestag Thomas Koehler/photothek, stock.xchnge, BMVBS

Oliver Luksic MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 - 227 73404, Fax: 030 - 227 76406 E-Mail: [oliver.luksic@bundestag.de](mailto:oliver.luksic@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Oliver Luksic MdB, Taubfeld 8, 66121 Saarbrücken

Tel: 0681-9687124, Fax: 0681-9687126 E-Mail: [oliver.luksic@wk.bundestag.de](mailto:oliver.luksic@wk.bundestag.de)

[www.oliver-luksic.de](http://www.oliver-luksic.de)